

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

JA zu Avanti!

Mit dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative erhält das Schweizer Volk endlich die Gelegenheit, der Verkehrspolitik ein neues Fundament zu geben. Nach den einseitig auf die Schiene ausgerichteten 90er Jahren hat die Strasse einen grossen Nachholbedarf.

Seite 3



SVP für Verwahrungsinitiative

Seite 4

Nur die Verwahrungsinitiative garantiert, dass extrem gefährliche Täter lebenslang verwahrt bleiben.

Ja zum neuen Mietrecht

Seite 7

Das einfachere und praktikablere Recht dient sowohl Mietern als auch Vermietern.

Volksinitiative "Kinder sichern Zukunft"

Seite 9

Ein parteiübergreifendes Initiativkomitee will die Steuern für Familien mit Kindern massiv senken.



Verzichten wofür?

Spare in der Zeit, so hast Du in der Not! Was immer der einzelne Mensch, die einzelne Familie von dieser alten Weisheit halten, ist ihre Privatangelegenheit. Anders, wenn wir von den öffentlichen Finanzen sprechen.

Nach wie vor geistert die längst bündig widerlegte Vorstellung herum, der Staat sei eine Art Alchemist, könne aus dem Nichts Geld *erzeugen*, der Staat habe so wichtige Aufgaben an der Hand, dass es auf das Geld nicht ankommen könne und dürfe, die Staatsfinanzen seien deshalb von den privaten völlig verschieden, und mehr auszugeben als einzunehmen sei nicht nur nicht schädlich, sondern unter Umständen sogar erwünscht.

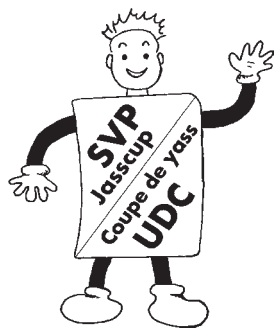
Nichts könnte verkehrter sein! Selbstverständlich kann, für eine Familie oder ein Gemeinwesen, eine Lage eintreten, in der es angezeigt sein kann, eine Schuld auf sich zu nehmen, nach einem Unfall etwa oder einem Erdbeben. Von solchen Ausnahmeereignissen einmal abgesehen, haben Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu sein, haben sich, und das ist die ganz grosse Aufgabe unserer Tage, die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten. Da das Wünschbare stets über das Finanzierbare hinausgeht, müssen wir auf die Differenz verzichten.

Wofür verzichten wir? Wir verzichten auch, um der Bürgerin und dem Bürger das heute fehlende Gefühl zurückzugeben, dass ihre Steuerfranken sparsam eingesetzt werden. Wir verzichten aber in erster Linie, um Voraussetzungen zu schaffen, die es erlauben werden, morgen Aufgaben anzupacken, die wir heute noch nicht absehen können, die sich aber nach aller menschlichen Erfahrung einstellen werden.

Verzichten heisst damit vor allem anderen, den Gemeinwesen aller Stufen *Handlungsfreiheit* zurückzugeben, *Grundlagen zu legen für die Sachpolitik von morgen*.

Bundesrat Samuel Schmid

Die SVP Ortspartei Huttwil (BE) lädt alle Jassfreunde ganz herzlich ein zum



4. Nationalen SVP Jass-Cup

Samstag, 21. Februar 2004 (Türöffnung 09.00 Uhr)

Nationales Sportzentrum Huttwil (BE)

mit Bundesrat Samuel Schmid

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie viele attraktive Preise!

**Jetzt
anmelden!**

Anmeldetalon

Schieber mit zugelostem Partner

deutschschweizer Karten

französische Karten

Ich kann mit beiden Kartenarten spielen (französisch und deutsch)

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Talon einsenden an: Nationales Sportzentrum Huttwil, Herrn Jürg Schürch, Postfach 301, 4950 Huttwil
Telefon 062 962 58 50 - Fax 062 962 58 51 - Mail info@sportzentrum-huttwil.ch



Für leistungsfähigeren privaten und öffentlichen Verkehr

Den heutigen Bedürfnissen angepasste Verkehrsinfrastrukturen sind für die Sicherung einer starken Volkswirtschaft zentral. Mit dem Avanti-Gegenvorschlag, über den wir am 8. Februar abstimmen, kann der Verkehrspolitik ein langfristig tragendes Fundament gegeben werden. Diese Vorlage verdient unsere volle Unterstützung.

Leistungsfähige Verkehrsachsen sind für die Bevölkerung, Wirtschaft und Tourismus der Schweiz von grösster Wichtigkeit. Mit dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative wird der Bund verpflichtet, das bereits 1960 beschlossene Nationalstrassennetz endlich fertig zu erstellen (A16 – Transjurane, A9 – Oberwallis, A8 – Brünig, A5 - Neuenburg, A4 Westumfahrung Zürich). Gleichzeitig gilt es, Engpässe im bestehenden Autobahnnetz zu beseitigen (zum Beispiel auf der A1 oder zu einem späteren Zeitpunkt durch den Bau der 2. Gotthardröhre).

Engpässe gibt es aber auch insbesondere beim Agglomerationsverkehr. Zum ersten Mal wird sich bei einer Annahme dieser Vorlage der Bund am Agglomerationsverkehr beteiligen. Dabei werden sowohl Velo- und Fussgängerverkehr, der öffentliche Verkehr auf Strasse und Schiene (Mitfinanzierung S-Bahn-Systeme) sowie der Privatverkehr (Umfahrungsstrassen, Parkhäuser am Rande der Stadt) berücksichtigt.

Staus sind teuer und gefährlich

Mit dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative können die volkswirtschaftlich kostspieligen Verkehrsstaus minimiert werden. Jeder von uns kennt die täglichen Meldungen von

Staus zum Beispiel rund um Zürich. Staus sind nicht nur teuer, sie gefährden vor allem auch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Die jährlichen Kosten für Staus werden auf rund 2 Milliarden Franken geschätzt (jährlich ca. 2,5 Millionen Fahrzeug-Staustunden). Staus lösen Stress aus und führen zu mehr Unfällen.

Im Zusammenhang mit mehr Sicherheit kann ich nicht unerwähnt lassen, dass das bestehende Nacht- und Sonntagsfahrverbot für Lastwagen mit dem zur Abstimmung stehenden Gegenvorschlag nun auf Verfassungsstufe verankert wird. Ebenfalls entspricht der zur Diskussion stehende Bau der zweiten Gotthardröhre vor allem einem Sicherheitsbedürfnis und wird mit dieser Vorlage ab dem Jahr 2017 rechtlich ermöglicht.

Ausbau in den Agglomerationen

Seit Jahren suchen Städte, Kantone und die betroffenen Organisationen des öffentlichen und privaten Verkehrs nach Lösungen für die brennenden Verkehrsprobleme in den Agglomerationen. Mit dieser Vorlage wird sich der Bund aus dem neu zu schaffenden Infrastrukturfonds am privaten und öffentlichen Agglomerationsverkehr mit



Nationalrat Peter Spuhler, Vizepräsident LITRA, Weiningen (TG)

rund 350 Millionen Franken beteiligen. Zuständig für den Agglomerationsverkehr sind die Kantone, Städte bzw. Gemeinden. Sie geben jährlich rund 300 bis 400 Millionen Franken für Verkehrsinfrastrukturen aus. Das heisst, dass der vorgesehene Beitrag des Bundes die Möglichkeiten der Städte und Agglomerationen praktisch verdoppelt. Viele Verkehrsprojekte des öffentlichen Verkehrs wie Traminien, Bussysteme, Stadt- und S-Bahnen liegen zum Teil schon seit langem in der Schublade und könnten mit diesen Beiträgen endlich angepackt werden. In kleineren und mittleren Agglomerationen stehen insbesondere Umfahrungsstrassen zur Verflüssigung des privaten Verkehrs im Vordergrund.

Finanzierung ohne neue Steuern gesichert

Die Finanzierung erfolgt wie bisher durch einen Teil der zweckgebundenen Erträge der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette. Neu ist nur, dass diese bereits heute zweckgebundenen hohen Steuern auf Benzin und Diesel in einem eigenständigen Fonds (Infrastrukturfonds) verwaltet werden. Diese Vorlage verursacht daher keine zusätzlichen Kosten, sondern bestimmt nur über die Verwendung der oben genannten zweckgebundenen Abgaben. Durch diese Vorlage werden keine zusätzlichen Steuern oder Abgaben notwendig.

Der Avanti-Gegenvorschlag entspricht durch und durch einer langfristig ausgerichteten verkehrspolitischen Gesamtsicht eines Miteinanders von Strasse und Schiene. Deshalb stimmen auch Sie am 8. Februar 2004 dieser Vorlage zu.

Verwahrung für nicht therapierbare Extremtäter

Trotz einer Verschärfung des Strafgesetzes ist es wichtig, am 8. Februar der Verwahrungsinitiative an der Urne zum Durchbruch zu verhelfen. Nur sie garantiert einen echten Schutz der Gesellschaft vor extrem gefährlichen und nicht therapierbaren Tätern.

Die Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“, über die wir am 8. Februar abstimmen, verlangt, dass extrem gefährliche, nicht therapierbare Gewalt- und Sexualstraftäter bis an ihr Lebensende verwahrt werden. Hafturlaub ist ausgeschlossen. Eine Entlassung darf nur geprüft werden, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse beweisen, dass der Täter geheilt werden kann und er keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit darstellt.

Lücke im Strafrecht schliessen

Die Initiative wird von Bundesrat und Parlament zur Ablehnung empfohlen, mit der Begründung, die Anliegen der Initiative seien mit der Revision des Strafgesetzbuches bereits und erst noch viel besser erfüllt. So wird die Initiative dem neuen Strafrecht gegen-

übergestellt, was aber falsch ist. Ziel der Initiative ist es lediglich, im Strafrecht eine Lücke zu schliessen, welche auch mit der Revision nicht behoben wurde. Im Gegensatz zum neuen Strafrecht, welches auf alle Täter, die schwere Verbrechen begangen haben, anwendbar ist, bezieht sich die Initiative nur auf eine kleine Gruppe von ca. 30 - 50 extrem gefährlichen Gewalt- und Sexualtätern, die nicht therapierbar sind. Nur sie sollen lebenslanglich verwahrt werden. Es fragt sich, was denn bei einem nicht therapierbaren Täter überhaupt überprüft werden kann, wenn es gar keine erfolgsversprechende Therapie für diesen Täter gibt.

Zwar gibt es auch im neuen Gesetz die Möglichkeit einer lebenslangen Verwahrung. Diese Verwahrung muss jedoch regelmässig begutachtet und über eine Entlassung des Täters beraten werden. Es unterscheidet also nicht zwischen den therapierbaren und

den nicht therapierbaren Tätern. Anhand tragischer Fälle wissen wir jedoch inzwischen, dass gerade diese immer wieder angefertigten Gutachten zu Hafturlauben oder gar zu Entlassungen geführt, und die Täter erneut schwerste Vergewaltigungen und Morde begangen haben. Denn in der Verwahrung geraten die Verbrechen, die der Täter begangen hat, im Laufe der Jahre leider in den Hintergrund, während seine meist angepasste und gute Führung in den Vordergrund rückt. Die Extremtäter werden auch mit nichts konfrontiert, das sie zu weiteren schweren Taten verleiten könnte. All dies kann ein falsches Bild der Täter abgeben und Fehlprognosen sind vorprogrammiert.

Nur Initiative garantiert lebenslange Verwahrung

Die Initiantinnen der Volksinitiative haben nie in Abrede gestellt, dass der Gesetzgeber bei der Revision des Strafrechtes darum bemüht war, die Gesellschaft besser vor diesen Tätern zu schützen. Doch das Hauptanliegen der Initiative, nämlich die lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Täter



► Nationalrat Ernst Schibli, Otelfingen (ZH), Co-Präsident Komitee „Ja zur Verwahrung“

hat die Revision nicht umgesetzt. Zu stark befindet man sich noch im Glauben, dass auch extrem gefährliche Gewalttäter geheilt und wieder in die Gesellschaft eingefügt werden können. Und hier genau liegt das Problem: Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass es extrem gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter gibt, die nicht therapierbar sind und deshalb ein Risiko darstellen, das von der Gesellschaft nicht getragen werden kann. Wir dürfen diesen nicht therapierbaren Extremtätern keine Möglichkeit geben, ihre Verbrechen zu wiederholen. Wer diese Verantwortung wahrnimmt, wird der Verwahrungsinitiative zustimmen. ◀

Bestelltalon Verwahrungsinitiative

___ Ex. Flugblätter „Damit das nie mehr passiert“, A5 (14.8 x 21 cm)

___ Ex. Argumentarium „Ja zur Verwahrungsinitiative“

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Talon einsenden an: Komitee „Ja zur Verwahrungsinitiative“ c/o sifa, Postfach 23, 8416 Flaach

Telefon 052 301 31 00 - Fax 052 301 31 03 - info@verwahrungsinitiative-ja.ch



3 x Ja am 8. Februar

Die Delegierten der SVP haben die Parolen für die kommende Abstimmung gefasst: Ja zum Avanti-Gegenvorschlag, Ja zur Verwahrungsinitiative und Ja zum neuen Mietrecht. Alle Parolen wurden mit grosser Mehrheit gefasst, wobei beim Mietrecht gewisser parteiinterner Widerstand zu verzeichnen war.

Nach den einführenden Voten des Parteipräsidenten und der beiden SVP-Bundesräte (siehe Seite 7) standen am 10. Januar im Stadtsaal in Wil (SG) die drei Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung vom 8. Februar auf der Traktandenliste der SVP-Delegiertenversammlung. Den demokratischen Gepflogenheiten der SVP entsprechend wurden alle drei Vorlagen kontradiktorisch abgehandelt, bevor die Parolen nach einer Publikumsdiskussion gefasst wurden.

Ausgewogene Verkehrspolitik

Nationalrat Ulrich Giezendanner, der als Transportunternehmer die Verkehrsprobleme aus eigener Erfahrung im Detail kennt, eröffnete die kontradiktorische Runde über das erste Abstimmungsthema vom kommenden Februar. Mit dem ihm eigenen Drive bekannte er sich zum Gegenentwurf zur Avanti-Initiative. Hauptargumente Giezendanners für ein Ja zum neuen Verkehrskonzept sind die markant zunehmenden Staus auf unseren Strassen, die offenen Fragen beim Bahngüterverkehr, die ungenügende Sicherheitslage im Gott-hardtunnel und die neue Transparenz bei der Verwendung der Steuergelder aus dem Strassenverkehr.

Der Contra-Redner, SP-Nationalrat Andrea Hämmerle, verfocht seinerseits vehement

das Nein zu Avanti. Nach einer lebhaften Votantenrunde, die von zahlreichen unterstützenden Voten, aber auch von Bedenken vor allem jüngerer Delegierter geprägt war, wurde die Vorlage mit 382 zu 25 Stimmen gutgeheissen.



Die SVP-Delegierten fassten in Wil (SG) die ersten Parolen der neuen Legislatur und sagten zu allen Vorlagen Ja.

Gewalttäter verwahren

Die zweite Parolenfassung betraf die Verwahrungsinitiative. Nationalrat Ulrich Schlür, der sich schon lange für die Initiative einsetzt, zeigte die Schwachstellen der Revision des Strafgesetzbuches auf, die als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen wurde. Nach wie vor beständen für eine sichere Verwahrung einer kleinen Gruppe von extrem gefährlichen Tätern Lücken, die nur von der Initiative geschlossen werden könnten. Allein auf die strengere Praxis bei Verwahrung und Hafturlaub, wie sie seit einigen Jahren gehandhabt wird, will sich Schlür nicht verlassen.

Den beherzten Argumenten für die Verwahrung folgte das Referat von SP-Nationalrätin Valérie Garbani aus Neuenburg. Christoph Blocher präsentierte schliesslich sachlich die ablehnende Stellungnahme des Bundesrates. Dabei bewies der neue Justizminister, dass es auch für ihn keine Unmöglichkeit ist, die Meinung eines Gremiums zu vertreten – in einer Weise, die ihm nicht abforderte, seine eigene Haltung zu verstecken. Die Delegierten befürworteten die Initiative zur Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter klar mit 398 zu 16 Stimmen.

Schritt nach vorn im Mietrecht

Mit 311 zu 52 Stimmen schliesslich unterstützten die

Delegierten das neue Mietrecht, welches durch die SVP-Nationalräte Rudolf Joder (pro) und Hans Kaufmann (contra) vorgestellt wurde.

Für Joder steht im Vordergrund, dass die Mietrechtsrevision ein einfacheres, verständlicheres und praktikableres Recht schafft: Die Abkoppelung der Mieten von den Hypothekarzinsen und die Anbindung an den Landesindex der Konsumentenpreise verhinderten sprunghafte Mietzinserhöhungen. Die Frage der Missbräuchlichkeit und der Anfechtung von Mietzinsen werde einfacher geregelt. Für die Investoren schaffe das neue Mietrecht Anreize, sich am Wohnungsbau zu beteiligen.

Die gegenteilige Ansicht vertrat der Zürcher Nationalrat und Finanzexperte Hans Kaufmann. Zwar anerkennt er, dass die Vorlage mehr Markt bringt, doch gehe sie viel zu wenig weit. Die alten Fehler der Staat mischt sich zu stark in den Markt ein - würden durch neue Fehler korrigiert. Von Transparenz und Einfachheit könne keine Rede sein, weshalb man mit einer Zunahme der gerichtlichen Auseinandersetzungen rechnen müsse.

Yves Bichsel
Pressesprecher



Klar

Fair

Sicher

Am 8. Februar:

JA

zum Mietrecht!

www.jazummietrecht.ch



Ja zum neuen Mietrecht

Der vorliegende Gegenentwurf des Parlamentes zur inzwischen abgelehnten Mieterinitiative schafft ein einfacheres und praktikableres Mietrecht. Die Vorlage umfasst einerseits einen griffigen Mieterschutz und andererseits verschiedene Anreize für den Bau von mehr Mietwohnungen. Beides dient Mietern wie Vermietern.

Nachdem Volk und Stände die Volksinitiative „Ja zu fairen Mieten“ am 18. Mai mit 67,3 % Stimmenanteil verworfen haben, hat der Mieterverband auch gegen den Gegenvorschlag des Parlamentes das Referendum ergriffen. Offensichtlich ist der Mieterverband mit nichts zufrieden: Weder mit dem geltenden, noch mit dem revidierten Recht. Er weiss wohl selber nicht, was er will.

Konkret geht es bei der Abstimmungsvorlage um die folgenden fünf Punkte:

1. Der Mietzins ist nicht mehr mit dem Hypothekarzins gekoppelt, sondern wird dem Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.

Die Anpassung erfolgt anhand der Durchschnittsteuerung der letzten zwei Jahre. Wenn die Teuerung mehr als 5% beträgt, muss der Bundesrat die Anpassung des Mietzinses an die Teuerung limitieren. Die Indexierung des Mietzinses gilt in der Praxis schon heute und hat sich bewährt. Der Hypothekarzins ist heute nicht mehr der geeignete Massstab für die Festlegung des Mietzinses. Dies deshalb, weil viel mehr individuelle Finanzierungen erfolgen. Zudem wird in rund 50% aller Fälle mit Festhypotheken finanziert. Hypothekarzinserhöhungen führen regelmässig zu sprunghaften Mietzinserhöhungen. Die Teuerung ist ein

objektives Kriterium, und die Mietzinsentwicklung wird ruhiger verlaufen.

Die Anpassung gemäss Landesindex ist ein einfaches, transparentes und für jedermann verständliches Verfahren, und die Überprüfungsmöglichkeit wird erleichtert.

2. Ob ein Mietzins missbräuchlich und damit anfechtbar ist, soll nach neuen Kriterien beurteilt werden.

Nach heutigem Recht ist ein Mietzins missbräuchlich, wenn damit ein übersetzter Ertrag erzielt oder ein übersetzter Kaufpreis kompensiert wird. Beides ist in der Praxis sehr schwierig zu überprüfen. Neu ist ein Mietzins missbräuchlich, wenn bei Wohnungen die Vergleichsmiete und bei Geschäftsräumen der Mietzins drei vergleichbarer Objekte um mehr als 15% überschritten wird. Die Vergleichsmiete ist eine Abbildung des Marktes. Sie wird vom Bundesamt für Wohnungswesen in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik jährlich mindestens einmal neu ermittelt. Beigezogen werden dabei ähnlich ausgestattete und ähnlich gelegene Wohnungen. Massgebende Kriterien sind der Wohnungstyp und der Wohnungsstandort. Diese Kriterien sind objektiv, klar und einfach.

3. Gestaffelte Mietzinserhöhung bei Mehrwerten.

Wenn durch Erneuerung



► Nationalrat Rudolf Joder, Belp (BE)

Mehrwerte geschaffen werden, darf der Mietzins wie bisher angepasst werden. Es gibt aber nicht mehr eine sofortige volle Überwälzung, sondern der Mietzins muss gestaffelt angepasst werden, und zwar um max. 20% gegenüber dem vorherigen Mietzins.

4. Gestaffelte Mietzinserhöhung nach einer Handänderung.

Nach einer Handänderung dürfen heute Mietzinse erhöht werden, wenn sie nicht auf einem übersetzten Kaufpreis basieren. Auch die Revisionsvorlage sieht Mietzinserhöhungen nach Handänderungen vor. Jedoch nur im Rahmen der Vergleichsmiete, und zwar gestaffelt um höchstens 10% pro Jahr.

5. Die Überprüfungsmöglichkeiten des Mietzinses werden verbessert.

Alle fünf Jahre kann der Mieter eine Überprüfung des Mietzinses betreffend Missbräuchlichkeit verlangen.

Schliesslich können Schlichtungsstellen an Stelle der ordentlichen Gerichte Mietfälle bis zu einem Streitwert von 5'000 Franken entscheiden und bei Geschäftslokalitäten

können die Parteien vereinbaren, dass die Schutzbestimmungen gemäss OR keine Anwendung finden sollen, sofern das mietende Unternehmen einen Jahresumsatz von 2.5 Millionen Franken erreicht oder mindestens 20 Mitarbeitende beschäftigt.

Die Abstimmungsvorlage beinhaltet ein klares, einfaches und übersichtliches Mietrecht mit mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie. Ebenso ist die Vorlage investitionsfreundlich. Dies ist notwendig, damit wieder vermehrt in den Wohnungsbau investiert wird. Die Revision bringt mehr Marktnähe und ist ein erster Schritt in Richtung Marktmiete. Gut funktionierende Marktkräfte sind der beste Garant für eine optimale Abdeckung der Interessen aller Beteiligten. Deshalb verdient das neue Mietrecht unsere volle Unterstützung. ◀

Am 8. Februar
Ja
zum neuen
Mietrecht

Jetzt erst recht: Prämiensenkungsinitiative

Nachdem der Nationalrat in seiner Schlussabstimmung Ende 2003 die KVG-Revision zu einem Scherbenhaufen degradiert hat, gilt es nun sofort und unmissverständlich einen nachhaltigen politischen Druck auf Bundesrat und Parlament aufzubauen, damit endlich den dringend notwendigen Prämiensenkungen im Gesundheitswesen zum Durchbruch verholfen werden kann.

Sammelziel und Vorgehen

Nach dem grossartigen Erfolg bei der Unterschriftensammlung gegen eine neue Mutterschaftsversicherung geht es nun darum, bis zum 31. März 2004 genügend Unterschriften für unsere Prämiensenkungsinitiative beizubringen. Mit den folgenden drei Massnahmen wollen wir auch diesmal wieder gemeinsam unser Ziel erreichen:

1. Wir veranstalten am kommenden 31. Januar und am 14. Februar zwei nationale Sammeltage.

2. Mit internen Zusatzmassnahmen an der Basis werden möglichst alle Mitglieder und Parteifunktionäre in ein neues erfolgversprechendes Unterschriften-Sammelkonzept eingebunden.

3. Mit externen Zusatzmassnahmen und möglichen Partnern sollen unsere eigenen Anstrengungen verstärkt und unterstützt werden.

Über die Einzelheiten wurden Sie in den letzten Tagen von uns bereits informiert. Koordiniert und begleitet wird die Unterschriftensammlung nebst dem Generalsekretariat von Nationalrat Toni Bortoluzzi und Kurt Küng, Kantonsrat, Fraktionschef, ehemaliger Kantonalpräsident der SVP im Kanton Solothurn und Mitglied im Leitenden Ausschuss der SVP Schweiz.

Die Zeit drängt

Die Parteispitze hat zusammen mit dem Zentralvorstand am 9. Januar 2004 beschlossen, die Sammelfrist für die Prämiensenkung bis zum 31. März 2004 festzulegen. Bis zu diesem Termin müssen wir die

Unterschriften gesammelt haben! Warum?

1. Die SVP wird in den ersten Wochen vom kommenden April die für unsere Partei und das ganze Schweizervolk äusserst wichtige Einbürgerungsinitiative starten.

2. Noch vor den Sommerferien wird auch die von der Delegiertenversammlung vom 13. September 2003 beschlossene nächste Asylinitiative lanciert.

3. Je länger die Unterschriftensammlung dauert, umso mehr ungültige Unterschriften sind erfahrungsgemäss zu verzeichnen. Dies gilt es so weit möglich zu verhindern.

Die Initiative umfasst folgende Kernpunkte:

- **Gegen Kartelle und Monopole:** Leistungserbringer und

Versicherer brauchen mehr Freiheit. Der Kontrahierungszwang ist aufzuheben. Versicherer dürfen nicht an Leistungserbringern und Leistungserbringer nicht an Versicherern beteiligt sein.

- **Mehr Transparenz und klarere Verantwortlichkeiten:** Die Grundversicherung wird durch feste Beiträge von Bund und Kantonen finanziert. Die öffentliche Hand wird dazu verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz der Gesundheitskosten zu übernehmen. So wird die Politik in die finanzielle Verantwortung für ihre Entscheide genommen.

- **Entrümpelung des Leistungskatalogs:** Wir können uns die heutige Maximalversicherung nicht mehr länger leisten. Die Schweizerinnen und Schweizer sind zwangsweise überversichert, was für einen freiheitlichen Staat unwürdig ist. Die Liste der zwangsversicherten Leistungen und der zwangsversicherten Leistungserbringer ist zu lang. ◀

Kurt Küng
Koordinator Kampagne
Unterschriftensammlung

**Daten
vormerken!**

**Nationale
Sammeltage
Prämiensenkung**

**31. Januar
und
14. Februar**

HERZLICHEN DANK!

An vorderster Front kämpft die SVP für mehr Wirtschaftswachstum und für tiefere Steuern. Ein erster wichtiger Schritt in diesem Jahr ist das Referendum gegen eine neue staatliche Mutterschaftsversicherung. Wir haben **mehr als 70'000 Unterschriften** gesammelt. Diese Woche konnte die SVP das Referendum einreichen. Wir danken allen Mitgliedern und Verantwortungsträgern für Ihren Einsatz bei der Unterschriftensammlung!

Bis zum 31. März wartet die nächste Aufgabe auf die SVP: die Unterschriftensammlung zur Prämiensenkungsinitiative. Nun ist es wichtig, dass alle Ortssektionen und alle Mitglieder noch einmal in die Hosen steigen! Schon jetzt herzlichen Dank für Ihr Engagement! ▶

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP



Familien entlasten!

Die Initiative „Für die Familie – Kinder sichern Zukunft!“ will verhindern, dass Familien mit Kindern, die ums Überleben kämpfen, zusätzlich noch mit Steuern ausgeplündert werden. Die Kinderabzüge sollen erhöht werden – und zwar nicht nur beim Bund, sondern vor allem bei den Kantonen und Gemeinden.

Die Schweiz steht vor einem enormen demographischen Problem: Die Kinderzahl schwindet. Der Generationenvertrag ist nicht mehr gesichert. Während für eine Erneuerung der Generationen 2,1 Kinder pro Frau nötig wären, hat die Kinderzahl auf 1,41 abgenommen (2001). Laut Bundesamt für Statistik gehören wir weltweit zu den Ländern mit den niedrigsten Geburtenziffern.

Ausgeplündert durch den Staat

Die Situation der Familien – vor allem der Mittelstandsfamilien – hat sich in geradezu dramatischer Weise verschlechtert. Junge Familien mit Kindern werden mit Steuern, Gebühren und Zwangsprämien immer stärker belastet und geraten in Armut.

Die Steuer- und Gebühreneinnahmen allein des Bundes be-

liefen sich 1980 noch auf 16,7 Mia. Franken. Bis ins Jahr 2000 haben sie sich auf 51,6 Mia. fast verdreifacht. Für Familien besonders ins Gewicht fallen die ständigen Mehrwertsteuererhöhungen. Die MWST ist eine unsoziale, familienfeindliche Abgabe. Anders als bei direkten Steuern lässt sie keine Kinder- und Familienabzüge zu. Ein Quantensprung im Budget vieler Familien war auch das Verbot der Befreiung von den Krankenkassenprämien ab dem dritten Kind. Die Prämienrückerstattung durch die Kantone erfolgt nur unvollständig.

Erleichterungen auch in den Kantonen nötig!

Die Familiensteuerreform des Bundes (worüber am 16. Mai 2004 abgestimmt wird) ist ein guter, aber noch ungenügender Schritt zur Entlastung der

Familien. Untere und mittlere Einkommen profitieren aufgrund der stark progressiv ausgestalteten direkten Bundessteuern nur wenig von den erhöhten Kinderabzügen.

Die Initiative „Für die Familie – Kinder sichern Zukunft!“ will demgegenüber, dass die direkten Kinderkosten auch von den Kantonen und Gemeinden nicht mehr besteuert werden. Dies wird für untere und mittlere Einkommen wesentliche Erleichterungen bringen.

Bisher begünstigen der Bund und viele Kantone jene Eltern, die ihre Kinder auswärts betreuen lassen (Krippe) mit einem besonderen Steuerabzug. Diskriminiert sind demgegenüber jene Eltern, die ihre Kinder selber betreuen. Die Initiative will deshalb einen allgemeinen Erziehungsabzug einführen und diese Diskriminierung beseitigen.

Schliesslich ist die steuerliche Benachteiligung der Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren (sog. Konkubinatsvorteil) ein Ärgernis. So werden die Einkommen von doppelverdienenden Ehepaaren zusammengezählt und zu einem höheren Steuertarif veranlagt. Konkubinatspaare werden demgegenüber individuell be-



► Nationalrat Peter Föhn, Muotathal (SZ), Patronatskomitee "Kinder sichern Zukunft"

steuert, was eine Bevorzugung von bis zu 100 Prozent ausmachen kann.

Erleichterungen überlebensnotwendig!

Viele Mittelstandsfamilien kämpfen ums wirtschaftliche Überleben! Für sie sind Steuererleichterungen kein Luxus, sondern überlebenswichtig. Die Steuerbelastung der Familie ist zu reduzieren – und zwar nicht nur beim Bund, sondern auch in Kantonen und Gemeinden! ◀

Initiative von der Basis her

Die Unterschriftensammlung für die Eidgenössische Volksinitiative „Für die Familie – Kinder sichern Zukunft!“ läuft seit Ende September. Gestartet wurde sie von der Vereinigung kinderreicher Familien (Interessengemeinschaft Familie „3plus“). Zum Initiativkomitee gehören ausschliesslich Väter und Mütter mit drei und mehr Kindern.

Bitte unterschreiben Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen!

www.familieninitiative.ch

Und wenn ein grossflächiger Stromausfall Tatsache würde...?

Unter Fanfarenklängen ist die neue, vollständig umgebaute Armee, genannt Armee XXI, in ihre Aufgabe eingesetzt worden. Die Zeiten, da Organigramme, Entwürfe, Konzepte an Computern in unendlich scheinender Zahl erfunden, wieder verworfen, abgeändert, neu erfunden wurden, ist damit vorbei. Ab heute muss sich die Armee XXI im Einsatz bewähren.

Grossflächige Stromausfälle ereignen sich, wie kürzlich bewiesen, auch in Europa. Selbst die Schweiz ist davor nicht gefeit. Die Sicherheitskräfte werden, sobald langandauernde Stromausfälle Tatsache werden, auf eine harte Probe gestellt.

Zum Beispiel Zürich

Nehmen wir einmal an: Die Agglomeration Zürich wird



von einem 48stündigen totalen Stromausfall betroffen. Alle Lichter gehen aus. Alle Computer stehen still. Die gesamte Telekommunikation bricht zusammen. Alle vom Strom abhängigen Verkehrsmittel sind stillgelegt. Auch alle Alarm- und Schutzanlagen wären ausser Funktion. Es käme zu umfangreichen Plünderungen in der ganzen Innenstadt. Die Sicherheitskräfte müssten mit massiven Mitteln eingreifen, Plünderungen und Verwüstungen unter-

binden, die ganze Stadt schützen. Wie wäre eine solche Notlage zu bewältigen – ohne Telekommunikation?

Ist es nicht höchste Zeit, eine solche Katastrophe in Form einer grossen Übung endlich einmal durchzuspielen? Nicht bloss am Computer, sondern in Wirklichkeit, mit Mannschaftsaufgeboten. Mitten in der Stadt. Zwar wird heute in gescheiterten Vorträgen immer wieder beschworen, die Grenze zwischen innerer und äus-

serer Sicherheit sei fliessend geworden. Auch die Armee müsse in Notfällen wie den geschilderten «subsidiär», also unterstützend eingreifen können.

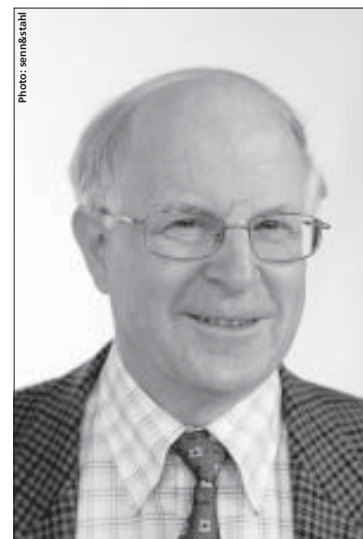
Ist die Armee auf solche Einsätze überhaupt vorbereitet? Ist jemand so vermessen zu glauben, sie könnte, ohne zuvor je geübt zu haben, aus dem Stegreif solche Notlagen bewältigen? Effiziente Zusammenarbeit zwischen Polizei und Armee würde sich einfach

von selbst ergeben? Jeder Wehrmann wüsste per Eingebung, wo und wie er eine kommandierte Bewachungsaufgabe situationsgerecht bewältigen könnte?

Ohne Übung kein Erfolg versprechender Einsatz

Die Zeit, da Organigramme für ausgedachte Einsätze gezeichnet, da Übungen von Spezialisten am Computer durchgespielt wurden, ist vorbei. Jetzt hat die Armee zu zeigen, was sie im Ernstfall könnte. Die Bevölkerung muss erfahren, dass man sich auch in ganz ausserordentlichen Fällen auf die Ordnungskräfte – Polizei und Armee – verlassen könnte.

Solche Einsätze müssen aber geübt werden. Die Zeit für Übungen, auch für grosse, mit Mannschaft zu bewältigenden Übungen ist gekommen. Die Bevölkerung muss sehen können, welchen Nutzen die Armee im Katastrophenfall, bei bedrohter Sicherheit bringen kann. Das Armee-Kommando, die militärischen und polizeilichen Kommandanten müssen trainieren, wie «subsidiäre», also unterstützende Einsätze im Chaos von Katastrophen erfolversprechend zu realisieren sind. Die politische Behörde, im Notfall verantwortlich, muss Erfahrungen sammeln können in solch keineswegs einfachen Operationen.



► Nationalrat Ulrich Schlürer, Flaach (ZH)

Konkrete Übungen, sichtbar für die Öffentlichkeit, sind überfällig. Völlig deplaciert sind dagegen oberflächliche Sprüche nach der Art, dass «autonome Landesverteidigung heutzutage nicht mehr möglich» sei. Schliesslich rollten keine Panzer-Armaden auf die Schweiz zu. Aber ein grossflächiger Stromausfall könnte auch hierzulande Tatsache werden. Die Öffentlichkeit will jetzt sehen, wie die Armee XXI solche Katastrophen «subsidiär» zu bewältigen in der Lage wäre. Entsprechende Übungen, ausgeheckt von den besten Köpfen, sind rasch ins Auge zu fassen. Schon 2004, nicht erst 2008. In Übungen muss sich erweisen, wer in ausserordentlichen Lagen erfolgreich zu führen im Stande ist. Die Armee darf nicht zum Planungs-Wasserkopf mit viel zu grossen Stäben, die sich nur noch mit Auslandeinsätzen abgeben, degenerieren.

Herr Bundesrat Schmid: Erbringen Sie jetzt den Tatbeweis, dass die Armee XXI besser auf Gefahren von heute gerüstet ist, als es die Armee 95 war! ◀



Harte Brocken für Parlament und Bundesrat

Die Erwartungen an den Gesamtbundesrat, besonders aber an die beiden neu gewählten Bundesräte, sind hoch angesetzt. Dies trifft noch in zusätzlichem Masse auf den Chef des EJPD zu. Er wird zahlreiche umstrittene Geschäfte vor dem Parlament vertreten müssen. Ausserdem verzeichnete sein Departement in den letzten Jahren ein bemerkenswertes Wachstum bei den Personalausgaben.

Bundesrat Blocher findet in seinem Departement zwei Vorlagen vor, die unmittelbar vor der Behandlung in der März-Session im Nationalrat stehen: Das revidierte Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und die Teilrevision des Asylgesetzes. Beide Vorlagen haben die Hürde in der staatspolitischen Kommission (SPK) nur knapp übersprungen. Gegen den Willen der Sozialdemokraten und Grünen, jedoch mit den Stimmen von CVP und FDP.

Ausländer- und Asylgesetz umstritten

Die Begeisterung für die beiden Vorlagen hielt sich innerhalb der Fraktionsdelegation der SVP in engen Grenzen. Dank Stimmenthaltung der SVP-Vertretung schaffte das AuG mit einem Stimmenverhältnis von 10 zu 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen die Annahme, beim Asylgesetz wurde es noch enger; hier lautete das Schlussresultat 10 zu 6 bei acht Enthaltungen. Bei beiden Vorlagen ist dadurch ein zähes Ringen vorauszusehen und ganz bestimmt wird nicht zuletzt die Haltung des Bundesrates in den materiellen Auseinandersetzungen mehrheitsbestimmend sein. In beiden Vorlagen hat die Partei wie die Fraktion klare Vorstellungen über die Reformziele, denen sie im Rahmen des Wählerauftrages verpflichtet ist.

Innerhalb der SPK können wir uns auf weitere interessante Geschäfte freuen, in welchen der Chef des EJPD die Beschlüsse und Haltungen des Gesamtbundesrates zu vertreten haben wird: Staatsleitungsreform, Öffentlichkeitsgesetz, Bundesgesetz über die Ombudsstelle, usw.

Ausufernde Bürokratie

Hinsichtlich der Departementsführung sind wohl die Erwartungen von Partei und Öffentlichkeit nicht weniger hoch. Dies trifft zweifelsfrei sowohl auf das Generalsekretariat, wie auf die dem Departement unterstellten Amtstellen bezüglich einer allzu ausufernden Bürokratie zu. Der Chef des EJPD war in seiner Zeit als Legislativpolitiker zusammen mit der Partei und einem grossen Teil der Öffentlichkeit der vollen Überzeugung, dass besonders im Asylwesen inklusive Rekursmöglichkeit die Quote der Asylanerkennung mit weit unter 10 Prozent die hohen Kosten der Verfahren, aber auch deren Ablauf und zeitliche Dauer nicht weiter rechtfertigt.

Hier besteht ausgesprochener Handlungsbedarf. Der Wechsel des bisherigen Chefs des BFF zum seco gibt zudem dem neuen EJPD-Chef zusätzlichen Handlungsspielraum, die sehnlichst erwarteten Veränderungen und Korrekturen erfüllen zu können.

Grosses Sparpotenzial

Die Freisetzung festgestellten Sparpotenzials findet sich allerdings nicht nur im BFF, sondern ebenso im Generalsekretariat, das unter der Vorgängerin im Gegensatz zur schweizerischen Wirtschaft bemerkenswerte Wachstumsraten aufwies. Die Fraktion ortet auch in anderen Ämtern einen Überhang an bereitgestellten Ressourcen, so im Bundesamt für Justiz, im Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung, sowie im Institut für Rechtsvergleichung. Letzterem ist vorab eine wesentlich verbesserte Eigenwirtschaftlichkeit zuzumuten, arbeitet es doch nach eigenen Angaben im Gebiet der internationalen Rechtsvergleichung, deren Leistungen von Privatfirmen, die von der Schweiz aus im Ausland tätig sind, stark nachgefragt werden.

Überprüfung bisheriger Tätigkeiten

Auch im EJPD werden auf Grund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen neue Bedürfnisse nachgefragt werden, die erfüllt werden müssen. Die Finanzlage des Bundes lässt jedoch so lange keinen grossen Spielraum zu für neue Begehrlichkeiten, als dass mittels Überprüfung bisheriger Tätigkeiten



► Nationalrat Hermann Weyeneth, Präsident der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Nationalrates, Jegenstorf (BE)

und bisheriger Organisation keine entsprechenden Freiräume und Entlastungen freigesetzt wurden.

Diese Feststellungen und Forderungen gelten selbstredend für alle Departemente, und nicht nur für das EJPD. ◀



Immer aktuell informiert: SVP-News auf Ihrem Handy!

Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS) oder benutzen Sie die Online-Anmeldung auf www.svp.ch

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Kurzmeldungen: Sektionsgründungen im Wallis



Oberwallis.

In den letzten Wochen hat die SVP im Wallis zwei neue Ortssektionen gegründet:

Als erste Ortssektion im Oberwallis wurde am 20. Dezember in **Leukerbad** eine SVP gegründet. Es ist wohl kein Zufall, dass gerade in dieser krisengeschüttelten Gemeinde - nach einem Politskandal um den CVP-Gemeindepräsidenten wanderte innert zweier Jahren 15 % der Bevölkerung ab - die SVP Fuss fassen kann. Die Gründung erfolgte im Beisein von Nationalrat Hermann Weyeneth, Präsident der SVP Bern, Nationalrat Oskar Freysinger, Gründungspräsident der SVP Wallis und von Markus Schwery, Präsident der SVP

In **Nendaz** entstand am 8. Januar eine SVP-Sektion unter dem Präsidium von Patrick Fournier, der in den Nationalratswahlen auf der Liste der SVP Wallis am zweitmeisten Stimmen erzielte. Die Kantonalpartei der SVP „Valais romand“ hat sich zum Ziel gesetzt, in diesem Jahr noch ein gutes halbes Dutzend Sektionen zu gründen.

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse **„Druck“**

Mehr Arbeit als je zuvor

Erstmals konnten die SVP-Delegierten ihren zweiten Bundesrat begrüssen. Diese Premiere sowie wichtige Fragen zu Abstimmungsvorlagen und zur Zukunft des Landes bewegten die Delegiertenversammlung vom 10. Januar in Wil SG.

Zum strammen Auftakt der Stadttambouren Wil platzte der Saal schon aus den Nähten. Gleich eine dreifache Premiere erwartete die zahlreich erschienenen Delegierten der Volkspartei an diesem sonni-

erstmal zwei Bundesräte an einer Delegiertenversammlung und gratulierte Samuel Schmid und Christoph Blocher herzlich zu ihrer Wahl. Dies führte zu tosendem Applaus und einer Standing Ova-

diese zu verhindern, führe ins Verderben. Maurers Rede war durchpulst von mitreissendem Schwung, wie er auch selbst bekannte, dass Farben und Emotionen dem Politalltag keineswegs schadeten – zumal gerade viele Anstandshüter, die andauernd nach Höflichkeit und Political Correctness riefen, selbst Lösungen und tiefgehenden Sachverstand vermissen liessen.

Die Umwälzungen vom 10. Dezember stellten keinen Bruch mit der bisherigen politischen Tradition, sondern vielmehr eine Neuorientierung dar, so Bundesrat Schmid anschliessend. Verstärkt werden müsse vor allem der bereits seit langem verfolgte Kurs, wonach unser Land kein Fürsorgestaat sein solle sondern ein Staat, der sorgfältig und bewusst haushaltet. Nicht anderen Ländern nachhaken, sondern in Ruhe fortschreiten, nicht gleich gut sein wollen wie andere, sondern besser – diese Maximen verordnete Schmid in seiner Rede dem Land. Nur dann mache

Anschliessend trat erstmals Bundesrat Blocher vor die Delegierten. Bundesrätliches war jedoch nicht zu vernehmen, denn, so der Redner, es wäre unanständig, nach wenigen Tagen im Amt bereits Lösungen präsentieren zu wollen. Wer führt, habe nicht bloss über Ziele zu reden sondern vor allem Probleme zu benennen. Seien diese erkannt, wäre bereits die halbe Antwort gegeben. In der Folge benannte Blocher die drängendsten Probleme des Bundes aus seiner Sicht. Der Bundeshaushalt sei in Ordnung zu bringen, der nicht wegen zu geringer Einnahmen sondern durch zu hohe Ausgaben in die Malaise geraten sei. Die Missbräuche auf vielen Gebieten müssen angegangen werden – hier nahm Blocher das Asylwesen und die Invalidenversicherung in den Fokus. Weiter müsse das Verhältnis Schweiz – EU endlich geklärt werden. Die Sozialwerke seien endlich nachhaltig zu sichern und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Die erste Delegiertenversamm-



gen Samstag im Stadtsaal Wil, St. Gallen: Es handelte sich nicht nur um die erste Delegiertenversammlung der SVP im neuen Jahr; erstmals konnten an einer Versammlung auch zwei SVP-Bundesräte begrüsst werden – und, die wohl am spannungsvollsten erwartete „Neuheit“: zum ersten Mal hatte der frisch amtierende Bundesrat Christoph Blocher in seiner Funktion als Justizminister den „Spagat“ zwischen den Erwartungen der Partei und dem Entscheid des Bundesrates zu einer Vorlage öffentlich zu meistern.

Parteipräsident Ueli Maurer verkündete in seiner feurigen Eröffnungsrede zuerst die Gründung einer neuen Sektion der SVP International in Costa Rica und konstatierte erneut ein überaus erfolgreiches Wahljahr. Er begrüsst

tion, die sich nicht zweimal bitten liess.

Der Präsident stellte jedoch klar: Die neue Situation verheisse keine ruhigeren Zeiten, im Gegenteil. Der zweite Sitz in der Landesregierung, die damit übertragene Verantwortung bedeute noch mehr Arbeit und Einsatz – mehr Arbeit als je zuvor. Dieser nüchternen Feststellung folgte ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Wirtschaftswachstum und eine treffliche Analyse der helvetischen Parteienlandschaft, ihrer Orientierungslosigkeit und dem fehlenden Mut zu Bekenntnissen. Selbst die Linke habe sich mittlerweile verbal zu einem gewissen Wachstum bekannt. Doch der „Weg“, am Sonntag Steuererleichterungen zu fordern, den Rest der Woche durch aber alles zu unternehmen,



unsere Position gegenüber der EU auch einen Sinn. Nur wer sich dem Wettbewerb zu Hause stelle, könne sich auch dem internationalen Wettbewerb aussetzen. Kein anderes Land gebe dem Parlament eine derart grosse Möglichkeit, die Regierung zu beeinflussen wie die Schweiz.

lung im neuen Jahr bot nebst Inhalten und Betriebsamkeit auch die Neuheit von zwei Bundesräten. Sie eröffnete den Ausblick auf eine verantwortungsvolle und arbeitsreiche Zukunft. ◀

Markus Zollinger
SVP-Generalsekretariat



Neuer Präsident der SVP SH

Werner Bolli ist bereit, das Präsidium der SVP des Kantons Schaffhausen zu übernehmen. Die Wahl muss an der Delegiertenversammlung noch bestätigt werden. Damit wäre das Präsidium wieder in der Hand einer einzigen Person, nachdem sich im Zwischenjahr Kurt Schönberger und Josef Würms diese Aufgabe interimistisch aufgeteilt hatten.

Erfahren

Der 58-jährige Werner Bolli ist nicht zuletzt dank seiner 26-jährigen Mitarbeit im Kantonsrat ein profunder Kenner der kantonalen Politik. Seine Stärken liegen besonders in

den Bereichen von Wirtschaft, Finanzen und Steuern.

Der in Altdorf wohnhafte Bolli amtierte bis vor kurzem als Direktor im Personalwesen des Unilever-Bestfood Konzerns, ehe er sich nach über vierzig Dienstjahren vor einigen Monaten selbstständig machte und jetzt unter anderem seinem früheren Arbeitgeber in Personalfragen in beratender Funktion zur Seite steht. Während zwanzig Jahren war er Altdorfer Gemeindepräsident.

Vordringliches Ziel für Bolli wird es jetzt sein, die SVP im Jahr 2004 erfolgreich durch die Erneuerungswahlen zu

führen. Bei den Regierungsratswahlen ist es erklärtes Ziel der SVP, als wählerstärkste Partei einen zweiten Sitz zu gewinnen. Bei den Stadtratswahlen gilt es, den Sitz des zurücktretenden Kurt Schönberger zu verteidigen.

Elan für Wahlen

Dank der grossartigen Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat, die auch der SVP im Kanton Schaffhausen Auftrieb gibt, mit Hilfe der Jungen SVP im eigenen Kanton und bald gefundener Kandidaten sollte dies möglich sein.

Wir freuen uns jetzt schon auf die Delegiertenversammlung



► Werner Bolli, Kantonsrat, Präs. SVP Kanton Schaffhausen, Altdorf (SH)

der schweizerischen SVP in Schaffhausen am 16. Oktober 2004. ◀

SVP Kanton Schaffhausen
Gertrud Walch

Verantwortung für die Zukunft

„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“ Dieses Sprichwort dürfte wohl nicht allein auf die erfolgreichen Bundesratswahlen gemünzt sein, sondern vermehrt bei unseren Bildungs- und Sozialpolitikern in Erinnerung gerufen werden.

Mit einem einseitig ausgefallenen Bildungsgesetz wurde im Kanton Glarus die maximale Klassengrösse von 28 auf 22 Schüler gesenkt und verschiedenste Förderangebote ausgebaut (Klein- und Einführungsklassen, Stützunterricht, Deutsch für Fremdsprachige usw.). Begründet wurde dies mit dem Ausländeranteil in den Klassen. Heute können die kleinen Gemeinden die Schulen alleine nicht mehr finanzieren und Anpassungen sind unumgänglich.

Auf Restrukturierungskurs

Die SVP-Landratsfraktion hat daher eine Motion eingereicht,

welche eine Umstrukturierung des Bildungs- und Sozialwesens verlangt. Die Aufgaben im Schul- und Sozialwesen sollen angepasst werden, damit sich die Gemeinden auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und der finanzielle Spielraum erhalten bleibt. Die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmassnahmen (u.a. Erhöhung der Klassengrössen) werden von der SVP-Fraktion unterstützt.

Ortsparteien setzen Akzente

Verschiedene SVP-Ortsparteien haben sich erfolgreich gegen das Einbürgerungsdi-

kat zur Wehr gesetzt und einen vorläufigen Einbürgerungsstopp erwirkt. Als Landsgemeindekanton haben wir mehr als alle anderen Vertrauen in das Volk und in seine Urteilsfähigkeit gesetzt. Dieses Vertrauen und das Recht, frei zu wählen wollen die Ortsparteien zusammen mit der Landratsfraktion erhalten (SVP-Motion eingereicht).

Sanierung der Kantonsfinanzen

Die SVP hat sich schon früh, aber leider ohne Unterstützung, gegen eine Reihe kostenträchtiger Beschlüsse gewehrt. Die letzte Hoffnung ruht nun auf der Landsgemeinde, allen Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen zuzustimmen. Für das Wohnen im Glarnerland und dessen Vermarktung hat sich die SVP an ihrer letzten Tagung ausgesprochen – für lärmgeplagte

Zürcher mit der Werbebotschaft „Was bitte ist Fluglärm?“.

Private Initiative verdient unsere Unterstützung

Über den Alpen von Rüti guckt langsam die Sonne wieder hervor. Dem Spendenaufruf eines kämpferischen Bauern ist es zu verdanken, dass ein Stück Heimat erhalten bleibt. Er möchte die Alpen der Gemeinde Rüti vor dem Zwangsverkauf retten und bittet uns um Ihre Mithilfe: Spendenkonto zur Rettung der Alpen von Rüti: Glarner Regionalbank Engi, Postkonto 30-38169-2, zu Gunsten Konto 42.111.654.01, Heiri Hösli, Ennetberge, Ennenda. ◀

Peter Rothlin,
Präsident SVP Glarus

Gegen eine neue Mutterschaftsversicherung

Wir haben die Parlaments- und Bundesratswahlen grandios gewonnen und sind so stark wie noch nie. Dennoch dürfen wir uns nicht ausruhen!

Gerade mit Einreichung eines parlamentarischen Vorstosses für die Änderung der Erwerbsersatzordnung wurde der Volkswille einmal mehr missachtet. Obwohl das Schweizer Volk die Mutterschaftsversicherung schon dreimal deutlich abgelehnt hat - zuletzt 1999 - soll sie nun doch eingeführt werden. Diese Zwängerei gilt es energisch zu bekämpfen; ein Referendum drängt sich förmlich auf.

Die direkten Kosten der Mutterschaft werden heute durch die Krankenversicherung abgegolten, damit ist der Verfassungsauftrag erfüllt. Diese Lösung schafft jedem Betrieb

Raum, individuelle Lösungen anzubieten. Anders will es die geplante Mutterschaftsversicherung. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe würden aufgrund dieser finanziellen Mehrbelastung immer weniger Interesse daran haben, junge Frauen einzustellen.

Weiter würden zwei Klassen von Müttern geschaffen: Alle erwerbstätigen Mütter sollen profitieren, die Hausfrauen und Mütter hingegen gehen leer aus. Diese Umverteilung ist ungerecht und widerspricht dem Prinzip der Rechtsgleichheit.

Der Erwerbsersatzfonds wür-

de geschaffen, um Personen zu entschädigen, die auf Geheiss des Staates Dienst in der Armee, im Zivildienst oder im Zivilschutz leisten. Die Mutterschaftsversicherung soll daraus finanziert werden - ein krasser Missbrauch. Die Reserven aus dem Erwerbsersatzfonds würden derart rasch aufgebraucht sein, dass bereits nach fünf Jahren die EO-Beiträge angehoben werden müssten. Eine finanzielle Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und damit für die gesamte Wirtschaft.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat bereits deutlich an Attraktivität verloren, da der Bund die Sozialausgaben so stark ansteigen liess, dass unser Sozialstaat die ökonomischen Grenzen erreicht hat. Mit Einführung der Mutterschaftsversicherung würde



► Claudia I. Morf, Baden (AG), Referendumskomitee gegen eine neue Mutterschaftsversicherung

unser Sozialstaat noch weiter ausgebaut; das wäre verantwortungslos und würde unseren Wirtschaftsstandort weiter schwächen. Dies dürfen wir keinesfalls zulassen! ◀

2004 Jahr der Entscheidung

(SVP) Die SVP strebt im neuen Jahr mit aller Kraft eine bürgerliche Wende in der Sachpolitik an. Stichworte für zukunftsweisende Entscheide sind Steuerpaket, Bundes- und Sozialausgaben oder Mehrwertsteuererhöhungen.

Der SVP ist es 2003 gelungen, mit dem besten Wahlergebnis einer schweizerischen Partei seit einem halben Jahrhundert zur klar stärksten Fraktion zu werden und endlich im Bundesrat gemäss ihrer Wählerstärke vertreten zu sein. Im neuen Jahr geht es darum, den Wählerauftrag konsequent

umzusetzen und so die Grundlage für Freiheit und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Insbesondere stehen für die SVP im Vordergrund: Echte Einsparungen beim

Bundesbudget (die SVP fordert weitere Einsparungen von 3.5 Milliarden), Schluss mit der Schuldenwirtschaft, Steuerpaket (Volksabstimmung vom 16. Mai), weitere Steuerentkungen mit der Unternehmenssteuerreform II, Abschluss der Unterschriftensammlung für die Prämienenkungsinitiative, Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung, Kampf gegen die Mehrwertsteuererhöhung um total 1.8 % für AHV und IV und gegen den anhaltenden Gebüh-

renwildwuchs, nein zur staatlichen Mutterschaftsversicherung.

An diesen Punkten wird die SVP die CVP und FDP messen. Nur wenn FDP und CVP wieder zu einer bürgerlichen Politik zurückfinden ist es möglich, den bürgerlichen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen und so die Wirtschaft zu stärken und Wachstum zu ermöglichen. ◀



Der SVP-Wellnesstipp

Das Haus mit der farbenfrohen Fassadenkunst und das besondere Angebot mit Biosauna, Heu- und Molkebädern, Yoga und Shiatsu laden Sie ins Val Müstair ein. **Wellnessangebot 25. Januar - 12. April:**

3 Tage HP inkl. Wellnesspaket
7 Tage HP inkl. Wellnesspaket

Fr. 450.--
Fr. 945.--

HOTEL CENTRAL La Fainera

7535 Valchava
Val Müstair/
Münstertal

Tel. 081 858 51 61
www.centralvalchava.ch

Inserat
Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Photo: semfesta



Volle Kraft für die Prämiensenkungsinitiative

Nach insgesamt dreijährigen Beratungen hat der Nationalrat in der Dezember-Session die unglückliche Revision des Krankenversicherungsgesetzes bachab geschickt. Die Geschichte des von der SVP schon im Jahre 1994 bekämpften Gesetzes ist damit um ein weiteres, unrühmliches Kapitel reicher. Die vom Bundesrat und den anderen Parteien mit diesem Gesetz seit Jahren verfolgte Stossrichtung wurde den Versprechen nie - auch nur ansatzweise - gerecht, hat zu einer Prämienexplosion ohne Ende geführt und muss nun endgültig als gescheitert bezeichnet werden.

Es braucht eine Neuorientierung im Gesundheitswesen. Die SVP-Prämiensenkungs-Initiative kommt im richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Zielen. Unsere Initiative wird zu einer Senkung der Kosten im Gesundheitswesen und damit zu einer Prämienreduktion führen. Wir fordern mehr Eigenverantwortung, eine Konzentration der Leistungen im Grundleistungskatalog auf das Notwendige und damit einen Verzicht auf unnötigen und unbezahlbaren Luxus. Wir fordern mehr Wettbewerb unter den Anbietern von Leistungen und damit die Aufhebung des Vertragszwanges, die jedem Leistungsanbieter einen Vertrag mit den Krankenkassen garantiert. Und schliesslich wollen wir mehr Transparenz bei der Finanzierung der Spitäler, damit endlich auch im Gesundheitswesen klar wird, was und wer wie viel kostet.

Mit unserer Initiative zeigen wir den Weg auf für ein Gesundheitswesen, das transparent ist, die Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt, Wettbewerb zulässt und auch längerfristig bezahlbar bleibt. Mit unserer Initiative vertreten wir ein modernes Konzept, das dem Patienten eine optimale Gesundheitsvorsorge bietet.

Wenn Sie die SVP-Volksinitiative noch nicht unterschrieben haben, machen Sie das nun sofort in den nächsten Tagen. Überzeugen Sie Ihre Familienangehörigen, Nachbarn und Freunde davon. Die SVP ist auch hier die Partei mit weitsichtigen, klaren und umsetzbaren Lösungen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz



Schluss mit der Bundespropaganda?

Bei zahlreichen Volksabstimmungen – so etwa bei der Abstimmung über den UNO-Beitritt oder der Abstimmung für militärische Auslandseinsätze – hat der Bundesrat für teures Geld Propaganda in eigener Sache gemacht. Dabei hat die Landesregierung ihren Informationsauftrag regelmässig klar überschritten.

Die bundesrätliche Propagandawalze läuft auf Hochtouren: Kaum ein Tag, an welchem die Bundesverwaltung nicht irgendeine Hochglanzbroschüre herausgibt. Hundertschaften von PR-Schaffenden und Medienexperten sind damit beschäftigt, den Stimmbürgern zu erklären, was zu tun ist. Damit die Beamten in Zukunft weniger gestört werden, wollen sie jetzt eine Ombudsstelle für besonders schwierige Bürger einrichten. Mit der stärkeren Vertretung der SVP im Bundesrat ist bei vielen die Hoffnung verbunden, dass sich endlich etwas bewegt. So ist etwa das EJPD bekannt für überdimensionierte Stäbe und Scharen von PR-Schaffenden. Kaum einer weiss genau, was diese den ganzen Tag machen. Das Computerspiel zur Asylpolitik sei nur als ein Beispiel für völlig unnötige Aktivitäten genannt.

Mit seiner klaren Absicht, im Hinblick auf die Abstimmung vom 8. Februar zu informieren, sich aber nicht zu engagieren, spricht Bundesrat Blocher vielen Bürgern aus dem Herzen. Aber auch die Äusserungen von Bundesrat Leuenberger lassen aufhorchen: Er kritisierte die Gepflogenheit, wonach „die jeweiligen Departementsvertreter sich öffentlich auch für oder gegen Abstimmungsvorlagen engagieren müssen“. Leuenberger wolle „mit dieser staatspolitisch fragwürdigen Gepflogenheit brechen und findet, die Parlamentarier sollten künftig selber die Kastanien für ihre selbst gestrickten Vorlagen aus dem Feuer holen“ (NZZ vom 13.1.04).

Natürlich kommt den beiden Bundesräten der Umstand entgegen, dass sie mit der jeweiligen Vorlage selber nicht einverstanden sind. Trotzdem haben sie völlig recht: Bundesräte haben keinen Abstimmungskampf zu führen. Bundesräte gehören auch nicht in die Arena, und die Bundesverwaltung hat keine Abstimmungsprospekte herzustellen. Der Bundesrat hat das Volk über den Inhalt der jeweiligen Abstimmungsvorlagen zu informieren. Dazu genügt das „Bundesbüchlein“ vollauf.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP